

**KONFERENZ DER KANTONALEN  
FINANZDIREKTORINNEN  
UND FINANZDIREKTOREN**

Frau Bundesrätin  
Eveline Widmer-Schlumpf  
Vorsteherin EFD  
Bernhof  
3003 Bern

Bern, 25. September 2015

**Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2016**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) übermittelte der FDK den Bericht vom Juni 2015 über den Finanzausgleich 2016 zwischen Bund und Kantonen zur Stellungnahme. Der Vorstand der FDK unterbreitete den Bericht anschliessend gemäss gängiger Praxis<sup>1</sup> den Kantonsregierungen. Die FDK-Plenarversammlung sprach sich am 25. September 2015 über die Ergebnisse der Anhörung aus und äussert sich zu den Finanzausgleichszahlen 2016 wie folgt.

**Die FDK nimmt den Bericht der EFV zur Kenntnis und stellt keine Anträge zu den Zahlen 2016.** Wir teilen Ihnen jedoch mit, dass die Tabelle 2a auf Seite 14 des Berichts einige Fehler enthält. Der Faktor Delta (75%), welcher die Werte bezüglich Grenzgänger reduziert, wurde offenbar in dieser Tabelle nicht angewendet. Zudem berücksichtigt die Summe nicht die Werte der Gebietsansässigen, der Verwaltungsräte sowie der vollständig in der Schweiz Besteuereten. Diese Summe müsste jener in Tabelle 2b auf Seite 15 entsprechen. Dies alles bleibt aber glücklicherweise ohne Folgen für die Bestimmung der Ressourcenausgleichszahlungen. Die Ausgleichszahlungen sind korrekt dargestellt.

Die FDK hat in ihrer Stellungnahme zur FiLaV-Revision vom 22. Mai 2015 zusätzliche Informationen zu den Auswirkungen der geplanten Änderungen des Armutsindikators auf den soziodemografischen Lastenausgleich verlangt. Diese Information wurde uns mit dem Bericht des BFS „Armutindikator: Detailbericht zur Ordnungsänderung Artikel 34 und 34a, FiLaV“ übermittelt. Wir danken Ihnen dafür und stellen dazu keine Anträge.

---

<sup>1</sup> Vgl. Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs sowie zum Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA vom 8. Dezember 2006 (BBI 2007 736 f.).

Die FDK äussert sich an dieser Stelle nicht zur Wirksamkeit oder zur Dotation des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Zweck unserer jährlichen Anhörung waren Vollzugsfragen des Finanzausgleichs und die ordentliche Prüfung der Datengrundlagen, namentlich für das neueste Berechnungsjahr 2012.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN  
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Vizepräsident:



Maurice Tornay

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

**Beilage**

- Synopse der Stellungnahmen der Kantone zur Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2016

**Kopie (Mail)**

- Mitglieder FDK
- Sekretariat KdK

<b>FDK / CDF</b>	<b>Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2016</b>	<b>Plenarversammlung / Assemblée plénière</b>	<b>25.09.2015</b>
		<b>Traktandum / Point</b>	<b>5 – Beilage 1</b>

Geht an:	<b>Mitglieder FDK</b>
Datum:	11.09.2015

## 1. Ausgangslage

Die FDK führt im Zusammenhang mit der Festsetzung der Finanzausgleichstransfers jährlich eine Anhörung bei den Kantonen durch. Mit Brief vom 3. Juli 2015 bat die FDK die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme bis 21. August 2015. Die Anhörung bezog sich auf die Datengrundlagen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2015 über den Finanzausgleich 2016 zwischen Bund und Kantonen. Die vorliegende Notiz fasst die kantonalen Stellungnahmen zusammen. Die Fachgruppe Qualitätssicherung und der FDK-Vorstand nahmen das Ergebnis an ihrer Sitzung vom 27. August 2015 bzw. 11. September 2015 zur Kenntnis.

## 2. Zusammenfassung

Alle Kantone haben im Rahmen der Anhörung Stellung genommen

### Stellungnahmen zu den Zahlen 2016 – Anträge zur Wirksamkeit und Dotation des Finanzausgleichs sind nicht Gegenstand der Anhörung

- **24 Kantone stellen keinen Antrag zur Änderung der Zahlengrundlagen 2016:** AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE NW, OW, SG, SH, SO, TG, TI, UR, VD, VS, ZH
- **2 Kantone lehnen den Zahlenbericht ab:** SZ, ZG
- **Hinweis auf fehlerhafte Tabelle 2a (FR, GE) des Berichts – ohne Auswirkungen auf die Transfers.**

#### Anträge betreffend Zahlengrundlagen und Qualitätssicherung an die FDK:

##### Kanton Schwyz :

- Mit Bezug zu den von den Kantonen gemeldeten massgebenden Einkommen, Vermögen, Gewinnen und Steuerrepartitionen ist eine systematische Nachvalidierung vorzunehmen, um gegebenenfalls nachträgliche Korrekturen von Bemessungsjahren bei der laufenden NFA-Berechnung einfließen zu lassen.

##### Kanton Zug:

- Wir lehnen den Bericht mit den darin gerechneten Zahlen ab und weisen ihn zurück.

### 3. Stellungnahme der Kantone

Kanton	Stellungnahme zu den Zahlen 2016
AG 12.8.	"(...) Nach Prüfung der Unterlagen können wir bestätigen, dass die Datengrundlagen des Kantons Aargau korrekt wiedergegeben werden. Der Regierungsrat reicht deshalb keine Anträge zu den Datengrundlagen des Kantons Aargau ein und nimmt den Detailbericht zum Armutsindikator zur Kenntnis. (...)"
AI 20.8.	"(...) Die Standeskommission erklärt sich mit den provisorischen NFA-Zahlen 2016 einverstanden und nimmt von den Grundlagen für die Berechnung Kenntnis. (...)"
AR 21.8	"Der RR AR hat den Bericht und die Berechnungen des Bundes zur Kenntnis genommen und stellt keine Anträge."
BE 19.8.	"(...) Gestützt auf die von den Bundesbehörden vorgenommenen Arbeiten sowie gestützt auf die Beurteilung unserer Fachämter ist der Regierungsrat mit den Berechnungen der Ausgleichszahlungen für das Jahr 2016 einverstanden. Weiter hat der Regierungsrat vom Bericht des BFS „Armutsindikator: Detailbericht zur Verordnungsänderung Artikel 34 und 34a, FiLaV“ Kenntnis genommen, welcher die finanziellen Auswirkungen der geplanten Statistikänderung auf den soziodemografischen Lastenausgleich aufzeigt. (...)"
BL 19.8.	"(...) Wir können die korrekte Datenübernahme der testierten Daten 2012 bestätigen. Den Bericht betreffend Armutsindikator haben wir zur Kenntnis genommen. Wir stellen keine Anträge. (...)"
BS 19.8.	"(...) Wir haben die im Bericht dargelegten Zahlen für den Kanton Basel-Stadt stichprobenweise geprüft und keine Ungereimtheiten festgestellt. In technischer Hinsicht erscheinen uns die Berechnungen plausibel. (...) Mit Blick auf den dritten Wirksamkeitsbericht beantragen wir erstens die Erarbeitung von Massnahmen zur Korrektur (...) <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Die Gewinne der juristischen Personen sind so rasch wie möglich, mit einem Faktor von 0.7 in der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage zu gewichten. Die tiefere Ausschöpfbarkeit der Gewinne der juristischen Personen hat sich bereits in den letzten Finanzierungsperioden gezeigt und erneut bestätigt. Unabhängig von der Unternehmenssteuerreform III ist eine Anpassung dringend notwendig. Dies gilt umso mehr, als eine tiefere Gewichtung der Gewinne der juristischen Personen den Übergang zu den Anpassungen im Rahmen der USR III glätten und somit erleichtern würde. Wird die geltende Gewichtung fortgeführt, so wird das Steuerpotenzial derjenigen Kantone, welche über einen überdurchschnittlichen Anteil an juristischen Personen verfügen, weiterhin und in ungerechtfertigter Weise überschätzt.</li> <li>2. Die Berechnung des Faktors Alpha ist zu überarbeiten. Die starke Volatilität des Faktors Alpha ist störend. Der Beitrag der Neuberechnung des Faktors Alpha zu einer noch stärkeren Überdotierung ist zudem stossend. Der Faktor Alpha sollte deshalb überarbeitet werden mit dem Ziel, eine stärkere Orientierung an der steuerlichen Ausschöpfbarkeit zu erreichen. (...)</li> <li>3. Der soziodemographische Lastenausgleich ist spürbar auszubauen. Der zweite Wirksamkeitsbericht hat klar aufgezeigt, dass der soziodemografische Lastenausgleich im Vergleich zum geografisch-topografischen Lastenausgleich unterdotiert ist. Sowohl die massgebenden Lasten der Bevölkerungsstruktur, als auch die massgebenden Sonderlasten der Kernstädte werden deutlich zu wenig berücksichtigt. Die Konferenz der Kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) sowie die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) haben dies auch in ihren Stellungnahmen zum zweiten Wirksamkeitsbericht kritisiert und einen substantiellen Ausbau des SLA gefordert. Mit der vom Parlament beschlossenen Dotierung der beiden Lastenausgleichsgefässe werden die soziodemografischen Sonderlasten weiterhin deutlich weniger abgegolten als die geografisch-topografischen. Dies ist umso problematischer, als es gerade die Zentren sind, die infolge der anstehenden Unternehmenssteuerreform III finanziell belastet werden (...)"</li> </ol>

<p><b>FR</b> 19.8.</p>	<p>"(...) nous nous permettons de souligner que l'audition doit se limiter, comme à l'accoutumée et conformément aux explications données dans votre courrier, à la vérification des chiffres péréquatifs de l'année prochaine. Les éventuelles propositions d'adaptation qui dépasseraient ce cadre et toucheraient au système péréquatif en tant que tel ne devraient pas être prises en compte dans la réponse consolidée que la CDF préparera à l'intention du DFF.</p> <p>Les cantons ont déjà eu largement l'occasion de s'exprimer au sujet d'éventuelles adaptations du système péréquatif lors de la consultation relative au 2ième rapport d'évaluation de l'efficacité de la péréquation fédérale, puis lors des discussions relatives à la dotation des instruments pour la période 2016-2019 qui viennent de s'achever aux Chambres fédérales. Il ne serait pas adéquat de relancer le débat dans le cadre de la présente audition, ce d'autant plus qu'il se poursuivra inmanquablement, en ce qui concerne la péréquation des ressources, en lien avec la préparation de la RIE III.</p> <p>En matière de péréquation des ressources, l'analyse effectuée par les services de la Direction des finances n'a pas révélé d'erreurs ou de différences significatives en ce qui concerne les données utilisées et les calculs effectués pour le canton de Fribourg. Ces données et calculs peuvent être considérés comme validés. Certaines erreurs de présentation ont bien été décelées dans le tableau 2a du rapport explicatif (non application du coefficient de 75 % pour les revenus des frontaliers assujettis de manière limitée, somme ne tenant pas compte de la première colonne du tableau), mais elles ne portent pas à conséquence sur le résultat des calculs effectifs.</p> <p>Le constat (...) s'applique aussi à la compensation des charges géo-topographiques et la compensation des charges socio-démographiques. Les données de base et les calculs à ce sujet peuvent être considérés comme approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En ce qui concerne la compensation des cas de rigueur, les explications données et les chiffres communiqués n'appellent pas d'objection de notre part. (...)</p> <p>Dans sa réponse du 18 mai 2015 à l'audition précitée, le Conseil d'Etat avait indiqué qu'il acceptait toutes les modifications proposées de l'OPFCC, y compris celles relatives à l'indicateur de pauvreté. Le rapport détaillé établi entre temps à ce sujet ne remet pas en cause cette position, qui peut être confirmée. (...)"</p>
<p><b>GE</b> 19.8.</p>	<p>"(...) Les vérifications que nous avons opérées nous permettent de conclure que les calculs du potentiel de ressources effectués par l'AFF sont bien basés sur les données que nous avons transmises et respectent le protocole et les formules de calcul de l'OPFCC. Nous vous signalons cependant que le tableau 2a, présenté à la page 14 du document Péréquation financière 2016 entre la Confédération et les cantons, comporte vraisemblablement un certain nombre d'erreurs. Le facteur delta (75%) réduisant les montants concernant les frontaliers n'a apparemment pas été appliqué dans ce tableau. De plus, la somme n'inclut pas les montants relatifs aux résidents, aux administrateurs de sociétés ou aux autres contribuables avec imposition intégrale en Suisse. Cette somme devrait être identique à celle que l'on trouve dans le tableau 2b, en page 15. Ceci est heureusement sans conséquence sur la détermination des montants liés à la péréquation des ressources, qui sont corrects.</p> <p>Les contrôles réalisés sur les bases de données pour la compensation des charges liées à la structure sociodémographique nous permettent également de valider les calculs de l'AFF dans ce domaine.</p> <p>En conclusion, nous validons les bases de calcul des chiffres de la RPT pour l'année 2016 telles qu'elles nous ont été présentées par le rapport de l'AFF. (...)"</p>
<p><b>GL</b> 11.8.</p>	<p>"(...) Wir haben die Daten des Kantons Glarus zum Finanzausgleich 2016 zwischen Bund und Kantonen summarisch geprüft und konnten keine Fehler feststellen. Vom Bericht des BFS „Armutindikator: Detailbericht zur Verordnungsänderung Artikel 34 und 43a FiLaV“ haben wir Kenntnis genommen. (...) Der Kanton Glarus nimmt die Berechnungen für den Finanzausgleich 2016 gemäss dem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2015 zur Kenntnis. (...)"</p>
<p><b>GR</b> 18.8.</p>	<p>"(...) Die für den Kanton Graubünden verwendeten Daten sind gestützt auf die Beurteilung der zuständigen Fachämter korrekt. Wir sind mit den Berechnungen für den Finanzausgleich 2016 gemäss Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2015 einverstanden und stellen keinen Antrag zur Änderung der Zahlengrundlagen.</p> <p>Aufgrund der Entwicklung der Ressourcenindizes der Kantone für das Jahr 2016 stellen wir fest, dass die Disparitäten zwischen den Ressourcenstar-</p>

	<p>ken und den ressourcenschwachen Kantone nicht abgenommen haben. (...) Eine möglichst ungekürzte Fortführung des bisherigen Ausgleichsvolumens ist daher gerechtfertigt und von grosser Bedeutung.</p> <p>(...) Die Veränderungen des Ressourcenindex gegenüber dem Vorjahr werden stark geprägt durch die Neuberechnung des Faktors Alpha für die Periode 2016 bis 2019. (...) Unbefriedigend ist die starke Volatilität dieses Faktors im Zeitablauf. (...) Diese Situation soll im Rahmen des 3. NFA-Wirksamkeitsberichtes auf Verbesserungsmöglichkeiten hin geprüft werden.</p> <p>(...)Für die Bereitstellung des Detailberichts zum Armutsindikator sind wir dankbar. Die vorgesehenen Anpassungen erscheinen zweckmässig. (...)"</p>
<p><b>JU</b> 13.8.</p>	<p>"(...) Les chiffres 2016, d'un point de vue mathématique, correspondent aux données fiscales jurassiennes transmises;</p> <p>-Les répartitions fiscales appellent au moins une réflexion, sinon une correction générale. Comme leur nom l'indique, elles concernent l'ensemble des flux IFD d'un canton vers les autres et inversement. Seule l'AFC possède une vue globale (suisse) en la matière. Toutefois, nous avons tout de même simulé l'impact d'un statut quo en la matière pour notre canton. Si, entre 2011 et 2012, le flux net des répartitions (JU reçoit plus qu'il ne doit) n'avait pas augmenté d'environ 1,1 mio, le versement RPT aurait été de 1,7 million supérieur. De même si toute la période (2010-12) avait été semblable à l'année 2012, une augmentation moyenne de 1,1 million sur ces trois années aurait abouti à une perte de 3,1 mios au niveau des versements. Ce phénomène « de reprise plus que proportionnelle » provient de la détermination du potentiel issu des répartitions et touche particulièrement les cantons les plus faibles. Que le taux de reprise soit de 80-90% comme indique dans le rapport sur l'efficacité est déjà très élevé, mais il ne doit pas être supérieur à 100% et encore moins à 150% ... il conviendrait d'introduire un facteur limitant (0,5 par exemple). A l'inverse, il n'est pas logique de bénéficier, 4-6 ans plus tard, d'un versement RPT supérieur à la baisse du flux net considérée;(...)</p> <p>-Lors de la consultation concernant les chiffres cantonaux pour 2015 déjà, nous indiquions nos craintes quant aux conséquences d'une baisse des paiements aux cantons financièrement les plus faibles, ce en correspondance de la volonté de réduire la dotation de base. Depuis lors, les Chambres fédérales se sont ralliées à une solution de compromis réduisant partiellement la dotation de base. Plusieurs cantons financièrement forts cherchent à saisir la voie du referendum désirant ainsi appliquer une baisse "complète". En fin de page 29, le rapport 2016 de l'AFF montre clairement que leur versement est globalement encore mieux supporté et supportable qu'en 2015, ce par rapport à l'évolution de leur potentiel ou de leurs ressources fiscales standardisées; (...)</p> <p>- des 2016, le Canton du Jura affiche à nouveau l'indice des ressources le plus faible de Suisse, comme dans l'ancien système. (...) Malgré ses efforts d'amélioration de son attractivité fiscale, l'exploitation de son potentiel fiscal reste largement au-dessus de la moyenne nationale. Pourtant, comme tous les autres cantons, notre canton reste soumis aux mêmes obligations et a des coûts qui continuent de progresser. (...) Les importants montants non affectés issus de la péréquation financière ne couvrent plus la progression des charges liées et souvent obligatoires (...) A l'opposé, la majorité des cantons financièrement les plus forts présente des déficits (parfois très importants) et ne veut plus d'une augmentation de sa contribution RPT, ce malgré une amélioration globale importante de leurs potentiels et donc des paiements mieux supportés en comparaison de ces derniers. Que dire parfois du niveau d'exploitation de leur potentiel fiscal largement plus bas que la moyenne ou presque trois fois moindre que celui de notre canton?</p> <p>-le Gouvernement jurassien salue le nécessaire effort de suivi et de contrôle dans la transmission des données cantonales effectué par le Contrôle fédéral des finances; il regrette qu'aucun ordre de grandeur ne puisse être indiqué pour les (deux) livraisons de données fiscales (notamment point 1.2.5) qui vont encore intervenir.</p> <p>-pour terminer, le Gouvernement jurassien prend acte du rapport attendu et annexe concernant la modification de l'ordonnance visant l'introduction des 2017 du nouvel indicateur de pauvreté. (...)</p> <p>En conclusion, le Gouvernement jurassien prend acte du Rapport du Conseil fédéral. Il confirme que les montants pris en compte pour le Jura sont corrects. Il déplore cependant, une fois de plus, que les disparités entre les cantons ne font que s'accroître. Ainsi, les dernières décisions prises par les Chambres fédérales visant à réduire les paiements en lien avec la compensation des ressources vont à l'encontre du but recherché par la RPT et sont ainsi contraires à la volonté populaire clairement exprimée lors de l'introduction du nouveau système le 1.1.2008.</p>
<p><b>LU</b> 18.8.</p>	<p>"(...) Unsere Dienststelle Steuern hat die für den Kanton Luzern verwendeten Zahlen einer Qualitätssicherung unterzogen und kann deren richtige Übernahme bestätigen. Wir verzichten deshalb auf Anträge zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2016. (...)</p>

	Der Kanton Luzern fordert, dass im Rahmen der Arbeiten für den dritten NFA-Wirksamkeitsbericht 2016-2019 ein Anreizsystem für ressourcenschwache Kantone eingebaut wird. Diese Forderung wurde bereits in der Stellungnahme von 16 ressourcenschwachen Kantonen zum NFA-Wirksamkeitsbericht 2012-2015 vom 9. April 2014 gestellt. (...)"
<b>NE</b> 19.8.	"(...) Notre canton a pris connaissance des chiffres de la péréquation des ressources et de la compensation des charges et des cas de rigueur pour l'année 2016. Nous constatons à leur examen qu'ils sont en adéquation avec les données fournies par notre service des contributions. N'ayant relevé aucune incohérence particulière, nous considérons donc que les chiffres 2016 sont fiables en ce qui nous concerne. Nous n'avons pas d'autres remarques à formuler sur le rapport de l'Administration fédérale des finances. (...)"
<b>NW</b> 18.8.	"(...) Der Vorschlag des Bundesrates zur Kürzung der Dotation um insgesamt 330 Millionen Franken pro Jahr sollte die Überdotation korrigieren. Selbst damit hätten die schwächsten Kantone einen Ressourcenindex von über 85 Prozent ausgewiesen. Auf die Ablehnung und die Annahme eines Kompromissvorschlages ergreift der Kanton Nidwalden das Kantonsreferendum. (...) Wir nehmen von den Berechnungen für das Jahr 2016 Kenntnis. Die Daten unseres Kantons für das Jahr 2012 konnten wir anhand der vom kantonalen Steueramt gelieferten Steuerfaktoren verifizieren. (...) durch den erhöhten Faktor Alpha [sind] die Ressourcenindizes der Kantone zum Teil massiv angestiegen (...). Gleichzeitig fallen zwei Geberkantone weg, die gesamte Dotation des Ressourcenausgleichs wird neu noch von sieben anstatt von neun Kantonen finanziert. Diese Solidarhaftung der ressourcenstarken Kantone ist fragwürdig und muss unserer Meinung nach unbedingt korrigiert werden. Nach dem Ausgleich erreichen sämtliche Kantone einen Ressourcenindex von 86.8 und mehr Prozenten. Die angestrebte Zielgrösse von 85 Prozent wird damit trotz der beschlossenen Kürzung von 165 Millionen Franken deutlich überschritten. Wir fordern, dass die Festlegung der Höhe der Dotation des Ressourcenausgleichs neu beurteilt wird. Im Weiteren ist stossend, dass die Anpassung des Faktors Alpha bei einer neuen Vierjahresperiode erheblichen Einfluss auf das Ressourcenpotential hat. Dies muss im Rahmen des nächsten Wirksamkeitsberichtes aufgegriffen werden. (...)"
<b>OW</b> 18.8	"(...) Wie bereits in den Vorjahren ist zu bemerken, dass die NFA-Beträge mit den vorliegenden Angaben durch uns nicht direkt rechnerisch verifiziert werden können. Wie aus dem der Vernehmlassung beiliegenden Prüfungsbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle zu entnehmen ist, werden die von den kantonalen Steuerämtern gelieferten Daten überprüft. Das Ergebnis betreffend Ressourcenindex ist für den Kanton Obwalden aber insofern nachvollziehbar, als dieser die Finanzkraft des Kantons in den zugrunde liegenden Bemessungsjahren 2010 bis 2012 widerspiegelt und sich in einer von uns erwarteten Entwicklung darstellt. Ergebnis und Entwicklungen bestätigen aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Obwalden die Richtigkeit der 2005 lancierten Steuerstrategie. Auch wenn dem Kanton kontinuierlich weniger Gelder aus dem NFA zukommen, so bewährt sich doch, dass diese Mittel auch richtig eingesetzt werden. (...) Dementsprechend nehmen wir vom Ergebnis der definitiven Berechnung Kenntnis und werden diese Zahlen in der Folge in unsere Planung aufnehmen. (...)"
<b>SG</b> 14.8.	"(...) Wir haben die im Bericht (...) veröffentlichten Beiträge des Bundesfinanzausgleichs für das Jahr 2016 und die entsprechenden Datengrundlagen geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Bei der Kontrolle der von uns übermittelten Ursprungsdaten für den Ressourcenausgleich konnten keine Fehler festgestellt werden. Auch hat die Plausibilisierung der Ursprungsdaten der beiden Lastenausgleichsgefässe (...) keine Mängel ergeben. Es liegen uns somit keine Hinweise vor, wonach die Ausgleichsbeträge zugunsten des Kantons St. Gallen für das Jahr 2016 fehlerhaft sein könnten. (...)"
<b>SH</b> 18.8.	"(...) Wir haben die Zahlen im Bericht der EFV für den Kanton Schaffhausen plausibilisiert und für nachvollziehbar befunden. Einwände zu den Daten bestehen somit keine. Zu betonen ist aber, dass der Kanton Schaffhausen die um 165 Mio. Franken anstatt um 330 Mio. Franken gekürzte Dotation des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016- 2019, welche die Ein- und Auszahlungen der einzelnen Kantone mitbestimmt, ablehnt. Auch können wir die den Zahlungen 2016 zugrunde liegenden Berechnungsgrundlagen nicht durchwegs gutheissen. Den Anstieg des Ressourcenausgleichs 2016 im Vergleich zu 2015 haben wir mit Befremden zur Kenntnis genommen. (...)"

	<p>(...) die Gewinne der juristischen Personen [sollten] in der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage entsprechend ihres Ressourcenpotentials tiefer gewichtet werden als die Einkommen der natürlichen Personen. Sodann hätte anlässlich der Anhörung transparenter kommuniziert werden sollen, welche buchhalterischen Folgen die (von uns begrüßte) Anpassung beim Faktor Alpha hat. (...)</p> <p>Die aktuelle Situation verdeutlicht, dass es dringend eine gesetzliche Regelung zur Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs bedarf und diese nicht mehr länger politisch ausgehandelt werden dürfen. Der Grundbeitrag des Ressourcenausgleichs sollte derart festgelegt werden, dass der schwächste Kanton nach dem Ressourcenausgleich exakt auf 85 Prozent der durchschnittlichen Steuerkraft zu liegen kommt. Wir hoffen, dass sich die FDK künftig für dieses Anliegen stark macht.</p> <p>Der Kanton Schaffhausen jedenfalls hat entschieden, die politische Aushandlung der Grundbeiträge ohne Rücksicht auf sachliche Kriterien nicht mehr länger hinzunehmen und sich für einen fairen und solidarisch ausgestalteten Finanzausgleich stark zu machen. Am 17. August 2015 beschloss der Kantonsrat deshalb, gegen den Bundesbeschluss vom 19. Juni 2015 über die Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs für die Beitragsperiode 2016-2019 das Kantonsreferendum zu ergreifen. (...)"</p>
<b>SO</b> 11.8.	<p>"(...) Wir (...) können Ihnen mitteilen, dass wir vom Bericht sowie den darin enthaltenen Zahlen Kenntnis genommen haben und mit der Berechnung einverstanden sind."</p>
<b>SZ</b> 18.8.	<p>"(...) wir stellen zuhanden der Finanzdirektorenkonferenz bzw. des Eidgenössischen Finanzdepartements folgende Anträge.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Kanton Schwyz lehnte den Verständigungsvorschlag der KdK bzgl. der Ressourcenausgleichsdotierung 2016–2019 und somit auch den entsprechenden Beschluss der eidgenössischen Räte vom 19. Juni 2015 ab. Infolgedessen steht der Regierungsrat auch gegenüber dem vorliegenden Bericht über den Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen 2016 ablehnend gegenüber. Eine Anpassung der Basisfaktoren ist aufgrund von Art. 5 Abs. 1 FiLaG in Verbindung mit Art. 13 Abs. 4 Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich vom 7. November 2007, SR 613.21, nur im Zusammenhang mit dem neuen Bundesbeschluss zur Dotation des Ressourcenausgleichs rechtlich gefordert. Aufgrund der generellen Ablehnung des Bundesbeschlusses lehnt der Kanton Schwyz auch die Erhöhung des Faktors Alpha von 0.8 auf 1.5% ab.</li> <li>2. Kenntnisnahme der grossen Besorgnis des Kantons Schwyz über die Steigerung der Zahlung in den Ressourcenausgleich. Das Beitragswachstum von 48 Mio. Franken (2008) auf 181 Mio. Franken (2016) beträgt 133 Mio. Franken bzw. 377%.</li> <li>3. Die Beitragslast des Ressourcenausgleichs für die Geberkantone ist im Sinne einer Belastungsobergrenze zu beschränken, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Geberkantone nicht beeinträchtigt wird und somit die Schweizer Volkswirtschaft als Ganzes Schaden nimmt.</li> <li>4. Mit Bezug zu den von den Kantonen gemeldeten massgebenden Einkommen, Vermögen, Gewinnen und Steuerrepartitionen ist eine systematische Nachvalidierung vorzunehmen, um gegebenenfalls nachträgliche Korrekturen von Bemessungsjahren bei der laufenden NFA-Berechnung einfließen zu lassen (...)."</li> </ol>
<b>TG</b> 29.7.	<p>"(...) Aus Sicht des Kantons Thurgau erscheinen die unterbreiteten Zahlen als nachvollziehbar und korrekt. Von der Verordnungsänderung zum Armutssindikator ist der Thurgau nicht betroffen. (...)</p>
<b>TI</b> 19.8.	<p>"(...) i dati utilizzati per determinare le quote perequative che spettano al Ticino (...) sono stati controllati dall'Amministrazione cantonale e possono considerati corretti. (...)</p> <p>Confermiamo inoltre di avere esaminato i metodi di calcolo impiegati e anche da questo profilo non abbiamo osservazioni particolari da segnalare, vista la loro conformità all'ordinanza federale. Si ribadisce tuttavia di avere riscontrato delle lacune nella documentazione pubblicata e si richiede pertanto l'inserimento della documentazione tecnica dettagliata del calcolo dei sottoindicatori della compensazione degli oneri, per permettere agli specialisti di verificare e valutare alcune scelte sul piano metodologico.</p> <p>Al di là di questi aspetti tecnici ribadiamo la nostra preoccupazione evidenziata già gli anni scorsi a proposito della sostenibilità futura del continuo aumento nel tempo dei contributi per la perequazione delle risorse a favore di alcuni Cantoni, per esempio Berna, e del fatto che altri Cantoni, quali Grigioni e Vallese, ricevono contributi molto importanti per la compensazione degli oneri.</p> <p>Come già rilevato gli anni scorsi a proposito della perequazione degli aggravi geotopografici, diventa sempre più evidente come il sistema attuale necessiti dei miglioramenti. Basti pensare, per esempio, che secondo il criterio dell'altitudine il Ticino non beneficia di alcun indennizzo allorquando vi</p>

	<p>sono importanti dislivelli che contraddistinguono il territorio ticinese, che attualmente non sono considerati dalla NPC. In questo senso il Ticino ribadisce l'auspicio che si possa valutare la possibilità di modificare il sottoindicatore relativo all'altitudine degli insediamenti completandolo con un indicatore che misura la differenza di altitudine degli insediamenti di un Cantone rispetto al valore più basso o ad un valore dato. Il fatto che il Canton Ticino non riceve nessuna compensazione per questo sottoindicatore è infatti incomprensibile. Per un Cantone come il nostro, che ha insediamenti che si situano tra i 250 e i 1'250 m.s.l.m, risulta infatti più oneroso potere offrire tutte le infrastrutture e i servizi necessari rispetto ad un Cantone nel quale gli insediamenti presentano differenze di altitudine meno elevate.</p> <p>In questo senso il nostro Cantone prende atto con piacere della volontà dell'AFF, espressaci lo scorso anno, di testare con un apposito tool sviluppato interamente, la proposta di modifica dell'indicatore relativo all'altitudine e auspica che i risultati del test possano essere resi noti in tempi brevi.</p> <p>Per quanto riguarda la compensazione degli oneri socio-demografici il Canton Ticino riconferma la proposta d'introduzione di un indennizzo per i Cantoni di frontiera (per esempio sottoforma di onere speciale determinante dei Cantoni di frontiera, sulla stregua di quanto già esiste per le città polo) che hanno per loro natura più difficoltà a collaborare con gli altri Cantoni nell'offerta di servizi pubblici. Questa difficoltà viene accresciuta per il Canton Ticino dal fatto che il nostro Cantone oltre ad essere periferico è anche minoranza linguistica: queste due componenti rendono altre modo difficile la collaborazione intercantonale nell'offerta di servizi pubblici e causano costi supplementari al nostro Cantone. Nell'attuale struttura della perequazione le prerogative dei Cantoni di frontiera non sono a nostra ragione sufficientemente prese in conto. Anche a fronte degli importanti mutamenti avvenuti nell'economia a seguito dell'entrata in vigore degli accordi bilaterali, riteniamo importante riflettere sulle particolari condizioni di questi Cantoni, da un parte svantaggiati per il fatto di essere periferici rispetto agli altri Cantoni e d'altra parte soggetti alle pressioni sul mercato del lavoro delle regioni d'oltrfrontiera, per eventualmente proporre dei correttivi, sottoforma di indennizzi.</p> <p>In questo senso, il Consiglio di Stato afferma la necessità di un trattamento diverso dei redditi dei frontalieri nell'indicatore delle risorse (tramite una riduzione più consistente della quota di redditi considerati dall'attuale 75% al 50%).</p> <p>In conclusione il nostro Cantone non contesta il rapporto posto in consultazione, ma chiede un serio esame da un lato dei meccanismi che consentono a pochi Cantoni di essere sempre più beneficiari della perequazione e dall'altro dei parametri utilizzati per stabilire i versamenti legati alla compensazione degli oneri. (...)</p>
<p><b>UR</b> 20.8.</p>	<p>"(...) Wir haben die zur Verfügung gestellten Daten geprüft. Dabei haben wir keine Mängel festgestellt. Der Regierungsrat hat den Bericht und die darin enthaltenen Erläuterungen und Zahlen bzw. Berechnungen für den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2016 zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden. (...)</p> <p>Der Regierungsrat begrüßte schon mit Schreiben vom 26. Mai 2015 an die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV die Anpassung und damit verbundene Optimierung der Messgenauigkeit beim Armutsindikator. Die neue Berechnungsmethode kommt jedoch frühestens im Ausgleichsjahr 2017 zum Tragen (...)"</p>
<p><b>VD</b> 19.8.</p>	<p>"(...) les chiffres 2016 pour le Canton de Vaud sont acceptés par le Conseil d'Etat, sous réserve des éléments suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• dans l'hypothèse où une erreur devait être découverte a posteriori, le Canton de Vaud se réserve la possibilité de faire valoir des corrections rétroactives, en se fondant au besoin sur les conditions posées par le nouvel art. 9a PFCC ;</li> <li>• rappelons enfin que notre Canton n'a pas la faculté de vérifier ni la qualité et l'exactitude des données de base des autres cantons, ni la reprise et l'utilisation correcte de ces données dans les calculs effectués par l'AFF. (...)</li> </ul> <p>Nous prenons d'autre part acte des modifications relatives à l'indicateur de pauvreté prévu à compter de 2017, mais regrettons que cela engendre un effet financier négatif de CHF 1.7 mio pour le Canton de Vaud sur le montant perçu au titre de la compensation des charges socio-demographiques. (...)</p> <p>Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud accepte les chiffres présentés dans le rapport relatif à la péréquation des ressources, compensation des charges et des cas de rigueur en 2016, sous les réserves toutefois expressément mentionnées ci-dessus. (...)"</p>

<p><b>VS</b> 12.8.</p>	<p>"(...) L'examen des données de la péréquation des ressources 2016 n'appelle aucun commentaire de notre part sur les calculs effectués. Le Conseil d'Etat du Valais prend acte des chiffres publiés et saisit l'occasion de la présente audition pour relever les éléments suivants.</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Nous relevons que la situation du canton du Valais se péjore de 2015 à 2016, l'indice de ressources de notre canton étant en baisse d'exactly un point de pourcent. Cette tendance se poursuivra probablement ces prochaines années. Nous relevons par ailleurs que la situation des cantons à fort potentiel de ressources demeure très bonne, avec des indices en forte hausse pour les cantons les plus forts. Ces progressions traduisent une augmentation croissante des disparités intercantionales. Elles justifient pleinement le maintien de mécanismes péréquatifs performants.        Bien que l'audition n'amène aucune remarque particulière en ce qui concerne le calcul des chiffres 2016, le Gouvernement valaisan exprime toutefois son inquiétude quant à l'avenir du système de péréquation fédérale. Les pressions continues exercées par les cantons à fort potentiel de ressources souhaitant limiter leur contribution à la péréquation des ressources sont contraires à l'esprit d'un système de solidarité, issu d'un consensus, après de longues années de travaux préparatoires.        Le fait que le Conseil fédéral ait proposé de baisser la dotation du fonds de péréquation des ressources de 330 millions de francs est jugé comme inapproprié et très dangereux par notre canton. Les débats nourris aux Chambres fédérales, qui finalement se sont prononcées pour une baisse de la dotation à hauteur de 165 millions de francs selon le compromis politique des cantons, le démontrent. Une telle situation ne doit pas se répéter. Un esprit sain et réfléchi de collaboration entre les cantons et la Confédération est nécessaire afin de maintenir une solidarité confédérale forte.        Il est donc important, au moment où la situation de plusieurs cantons à fort potentiel s'améliore à nouveau et que la situation économique et financière de plusieurs cantons à faible potentiel devient tendue, que le système de péréquation soit maintenu sans modification fondamentale et qu'il continue à jouer pleinement son rôle de solidarité entre les cantons.</li> <li>2. En ce qui concerne la compensation des charges, nous constatons une fois de plus que les montants touchés par les cantons financièrement forts au titre de la compensation des charges socio-démographiques sont souvent bien supérieurs à ceux touchés par les cantons faibles au titre de la compensation des charges géo-topographiques. Il est ainsi particulier de constater qu'un grand canton fort, donc contributeur au fonds de péréquation financière, se retrouve bénéficiaire net de la péréquation fédérale.        En relation avec la consultation récente sur le rapport d'efficacité, nous maintenons notre position quant à une répartition équilibrée des deux composantes de la compensation des charges. Il convient d'éviter qu'une dotation supplémentaire de la compensation des charges socio-démographiques n'augmente encore la disparité entre les cantons. La répartition des montants à disposition des fonds de compensation des charges doit demeurer identique.        Nous saluons la modification de l'indice de pauvreté pris en compte dans le calcul des charges socio-démographiques. Cette modification permet de mieux prendre en compte l'augmentation très importante des charges cantonales dans le domaine social ces dernières années, suite notamment à des transferts de charges de la Confédération vers les cantons. Il convient ici de rappeler que ces augmentations concernent tous les cantons, et non seulement les cantons urbains.</li> <li>3. Nous admettons le fait que la Réforme de l'imposition des entreprises III nécessite, dans un proche avenir, des adaptations de la péréquation des ressources. Ces adaptations doivent néanmoins se limiter strictement aux seules adaptations techniques découlant de l'abolition des statuts fiscaux particuliers. La RIE III ne doit entraîner aucune modification de fonds de la péréquation financière, ni remettre en question les équilibres péréquatifs actuels. Il est donc primordial, comme nous l'avons déjà relevé ci-avant, que la Conférence des directeurs des finances et la Confédération fassent très attention, dans le cadre de cette réforme, à bien respecter l'équilibre entre les cantons forts et les cantons faibles d'une part, et entre l'ensemble des cantons et la Confédération d'autre part, afin de ne pas mettre en péril la solidarité</li> <li>4. En conclusion, et au-delà de l'audition des chiffres RPT pour l'année 2016, nous invitons la Conférence des directeurs des finances à soutenir activement le système actuel de péréquation qui a fait ses preuves jusqu'à ce jour, tout en analysant, avec pertinence et prudence, les doléances éventuelles de certains cantons. (...)"</li> </ol>
----------------------------	---

<b>ZG</b> 12.8.	<p>"(...) Anträge:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wir lehnen den Bericht mit den darin gerechneten Zahlen ab und weisen ihn zurück.</li> <li>2. Die Gewinne der juristischen Personen sind gemäss ihrer effektiven steuerlichen Ausschöpfung im Ressourcenpotenzial zu berücksichtigen: FilLaV Art. 19, Berechnungen Anhang 6, sei wie folgt anzupassen: «Die Gewinne der juristischen Personen werden mit einem Faktor von 0.7 in der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage gewichtet.»</li> <li>3. Die Erhöhung des Faktors Alpha von 0,8 auf 1,5% für die Vierjahresperiode 2016-2019 wird abgelehnt.</li> </ol> <p>(...) Neueste Berechnungen von Avenir Suisse vom 17. Juli 2015 aufgrund des Berichtes der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2015 betreffend Finanzausgleich 2016 zeigen, dass dieses Ziel ( «85 Prozent anstreben») um 644 Millionen Franken übertroffen wird. Das können wir nicht akzeptieren. (...)</p> <p>Der Kanton Zug hat seit der Einführung des NFA nahezu zwei Milliarden Franken in den horizontalen Finanzausgleich bezahlt. Seine jährlichen Zahlungen in den NFA machen über 20 Prozent seines Budgets aus. Es ist an der Zeit, die Zahlungen auf dasjenige Niveau zurückzuführen, welches der Gesetzgeber vorsieht, umso mehr, als bisherige Vorschläge der Geberkantone zur Anpassung des geltenden Systems immer abgelehnt wurden. Auch die gesetzliche Regelung zum Härteausgleich wird eingehalten und vom Kanton Zug (noch) mitgetragen, obwohl gewisse Kantone masslos bevorteilt werden. (...)</p> <p>Gerade weil sich die tiefere Ausschöpfbarkeit der Gewinne der juristischen Personen bereits in den letzten Finanzierungsperioden unabhängig von zukünftigen Reformen gezeigt hat, ist eine Anpassung dringend notwendig. Alle Kantone sind im Grundsatz von der Änderung der Ausschöpfung der Gewinne der juristischen Personen betroffen («Verzerrung»). Dies gilt umso mehr, als eine tiefere Gewichtung der Gewinne der juristischen Personen per 2016 den Übergang zu den Anpassungen im Rahmen der USR III glätten und somit erleichtern würde. Wird die geltende Gewichtung fortgeführt, so wird das Steuerpotenzial weiterhin überschätzt. Benachteiligt sind insbesondere die ressourcenstarken Kantone und Wachstumslokomotiven der Schweiz.</p> <p>Es gibt keine stichhaltigen Argumente, die Berücksichtigung der tieferen Ausschöpfbarkeit der Gewinne der juristischen Personen abzulehnen, umso mehr als umgekehrt die höhere Ausschöpfbarkeit der Vermögen mit dem Faktor Alpha umgesetzt werden soll. Im Grundsatz wurde die Forderung vom Bundesrat bereits anerkannt. Antrag: FilLaV Art. 19, Berechnungen Anhang 6, ist wie folgt anzupassen: «Die Gewinne der juristischen Personen werden mit einem Faktor von 0 7 in der aggregierten Steuerbemessungsgrundlage gewichtet.»</p> <p>(...) der Kanton Zug [lehnt] die einseitige ihn belastende Erhöhung des Faktors Alpha ab.</p> <p>In der Debatte des National- und Ständerates zur Dotation des Ressourcenausgleichs 2016-2019 stand der Vorschlag des Bundesrates zur Diskussion, die Dotierung um 330 Millionen Franken zu senken. Schliesslich halbierte das Parlament den Senkungsbetrag auf 165 Millionen Franken.</p> <p>Mit den nun zur Diskussion stehenden Zahlen 2016 gemäss Bericht der EFV vom Juni 2015 steigt der Gesamtbeitrag um 1,2 Prozent, statt dass er um rund 4 Prozent sinkt. Die Öffentlichkeit wurde in der Debatte «an der Nase herum geführt», sie muss sich verschaukelt vorkommen.</p> <p>Diese Steigerung ist in erster Linie auf die einseitige Erhöhung des Faktors Alpha zurückzuführen, ohne gleichzeitig die Gewichtung der Unternehmensgewinne anzupassen. Auch aus dieser Sicht lehnen wir diese Anpassung deshalb dezidiert ab.</p>
<b>ZH</b> 31.7.	<p>"(...) Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat mit einer umfassenden Stellungnahme zum zweiten Wirksamkeitsbericht des Finanzausgleichs (...) Anträge zur Verbesserung und zur faireren Ausgestaltung (...) eingereicht. Weiter hat er dieses Jahr im Rahmen der Anhörung zu den Änderungen der FilLaV Stellung genommen und dabei erneut auf seine Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit des NFA aufmerksam gemacht. Daher sieht sich die Finanzdirektion des Kantons Zürich nicht dazu veranlasst, im Rahmen dieser Anhörung erneut Anträge zur Konzeption und zur Wirkung des NFA einzureichen.</p> <p>Im Übrigen weist der Regierungsrat erneut darauf hin, dass der Ressourcenausgleich 2016 trotz der beschlossenen Kürzung durch die eidgenössischen Räte im Juni 2015 weiterhin stark überdotiert ist. Der ressourcenschwächste Kanton erreicht 2016 ein Mindestausstattungsziel von 87.3% des Ressourcenpotenzials des schweizerischen Durchschnitts.</p>

	Im Namen des Regierungsrates des Kantons Zürich kann ich Ihnen mitteilen, dass der Kanton Zürich zu den Grundlagen für die Berechnung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs und zu den sich daraus ergebenden Ausgleichszahlungen für das Referenzjahr 2016 keine Bemerkungen hat. (...)"
--	---